

Aktionskomitee gegen die Privatisierung der Post

Waltherstr. 15, 4020 Linz

Tel. 0732/771094, e-mail: office@werkstatt.or.at

Beteiligt Euch alle an der Urabstimmung vom 4. bis 7. April!

Stimmt mit Nein!

Das Verhandlungsergebnis, über das abgestimmt werden soll, ist eine Farce:

- 51%-Staatsanteil wird bis November 2006 garantiert.
Das heißt: Nach der Wahl im November wird der Rest privatisiert werden.
- Der Sozialplan wird bis 2008 verlängert.
Das heißt: Weiterer Arbeitsplatzabbau steht bevor.
- ÖIAG-Zuschuss für MitarbeiterInnen-Aktien.
Das heißt: Mit den Zuschüssen soll die Zustimmung erkauf werden. Sie sind ein Schweigegeld. Vorzugsaktien verhindern weder den Ausverkauf der Post, noch die Vernichtung weiterer Arbeitsplätze.

Als „Zuckerl“ hat man in das Angebot einige Punkte dazugepackt, die mit dem Börsegang nichts zu tun haben:

- Mehraufwand für neue Hausbrieffachanlagen wird abgegolten
- Ernennung von Beamten bis 2008
- Verhandlungszusage für eine Pensionskassa

Stimmt daher mit Nein und für echte Kampfmaßnahmen gegen die Privatisierung der Post! Denn die Privatisierung bedeutet

- Verlust Eurer Arbeitsplätze
- Weitere Postamtsschließungen
- Weitere Verschlechterung in der Versorgung mit Postdiensten.

Für eine Gewerkschaftspolitik im Interesse der Lohnabhängigen!